



LÜBCKE, LINKE UND DIE AFD

Die Gewaltfantasien des Establishments

Von PETER M. MESSER | Wer einen anderen beurteilt, versetzt sich dazu auch in ihn hinein, nimmt dabei aber oft seine eigenen Vorstellungen mit. Was sagen daher die Versuche, der AfD den Mord an Walter Lübcke in die Schuhe zu schieben, über die Gewaltvorstellungen des Establishments aus?

Wieso kann man nicht glauben, dass die AfD bei aller politischen Gegnerschaft zu diesem Mann seine Ermordung verurteilt? Es ist doch eigentlich völlig normal, dass in einer bestimmten Konfliktsituation ein klar abgegrenzter Katalog von Mitteln ausgeschlossen ist, hier also physische Gewalt, und dass das von allen Konfliktparteien akzeptiert wird.

Im Fußball ist Handspiel verboten, beim Boxen sind es Tiefschläge, und selbst im Krieg ist der Einsatz bestimmter Waffen nicht erlaubt. Wenn man der AfD ihre Verurteilung der Ermordung Lübckes nicht abnimmt, dann liegt das einmal an einem völlig ausgeferten und konturlos gewordenen Gewaltbegriff. Denn [nach Ansicht etwa Jasper von Altenbockums](#) sollen zur extremistischen Gewalt „auch Worte, ihre Worte“ gehören, Begriffe wie „Unrechtsstaat“ und „Lügenpresse“.

Diese Auffassung, nach der schon Worte Gewalt sind, ist nun typisch für die Linke und gehört in den Zusammenhang eines (dekonstruktivistischen) Denkens, das in jeder Unterscheidung und Ungleichbehandlung eine zu verurteilende Diskriminierung sieht, überall Mikroaggressionen wittert und sich gegen jede Abgrenzung stellt. Man muss das wirklich betonen: Indem bürgerliche Journalisten und Politiker diesen Gewaltbegriff anwenden, teilen sie Überzeugungen entschieden linker Denker.

Für ein solches Denken ist jederzeit eine ursächliche Beziehung zwischen einer Gewalttat und einer scharfen politischen Aussage herstellbar, und damit kann jede klare politische Positionierung und jeder harte politische Angriff gegen den Konsens des Establishment als Gewalt delegitimiert werden. Zudem zeichnet sich die von der AfD vertretene Politik durch die Verteidigung klarer Strukturen und Abgrenzungen aus, etwa von Staatsgebiet und staatlicher Souveränität, was mittlerweile auch nach Auffassung sich als bürgerlich verstehender Kräfte als irgendwie gewaltsam abzulehnen ist und darum für sie eine Distanzierung der AfD von Gewalt unglaubwürdig macht. Nur eine Aufgabe der politischen Positionen der AfD selbst könnte daran etwas ändern.

Ein trennscharfer Gewaltbegriff dürfte deshalb verschwunden sein, weil auch im bürgerlichen Bereich das Verständnis für echte Konflikte abhanden gekommen ist. Denn den eingangs genannten Beispielen Fußball und Boxen ist gemein, dass es in diesen Auseinandersetzungen Sieger und Verlierer gibt. Nach der aktuellen globalistischen Legitimierungsrhetorik der Win-win-Situation gibt es aber keine wirklichen Verlierer, die Globalisierung selbst ist in allen ihren Gesichtspunkten alternativlos und kann darum nicht Gegenstand rationaler Meinungsverschiedenheiten sein, Diskussionen sind nur um die Details der Anpassung und Unterwerfung möglich.

Mit der Verneinung der Möglichkeit radikal unvereinbarer Standpunkte entfällt aber das Verständnis für Verhalten, das zwar regelbasiert ist, aber außerhalb der verbotenen

Handlungen eben mit den harten Bandagen zur Sache geht, die angesichts der existentiellen Bedeutung der Frage für die Beteiligten geboten erscheinen. Das dürfte übrigens nicht nur der Linken und den Globalisten zuzuschreiben sein, sondern tiefe Wurzeln im bürgerlichen Selbstverständnis haben: Streit, Spaltung und scharfe Gegensätze waren dem anständigen Bürger immer zuwider, und die jetzt vielbeschworenen Begriffe „Hass“ und „Hetze“ sind eigentlich nur negative Gegenbegriffe zu „Maß“ und „Mitte“, die ja ebenfalls immer gerne unbestimmt bleiben.

Eine Änderung dieses Konfliktverständnisses ist leider nicht zu erwarten. Spieltheoretisch gesehen akzeptieren Konfliktparteien nämlich Regeln deshalb, weil der Verlauf des Konfliktes unsicher ist und beide Parteien durch die Regeln geschützt werden möchten. Wenn aber der Konfliktverlauf sich so entwickelt hat, dass eine Seite ein völliges Übergewicht erlangt hat, wäre es für sie nicht rational, sich auf eine Einschränkung ihrer Handlungsmöglichkeiten einzulassen, für die sie keinen Vorteil zu erwarten hat.

Die Gegenseite hat aber ein totales Übergewicht, sie hat sämtliche staatlichen Institutionen, die Rechtspflege, Schulen, Universitäten und Medien in der Hand – warum sollte sie auf ein beliebig formbares Gewaltverständnis verzichten, das ihr bisher so gute Dienste geleistet hat und zum Kernbestand der herrschenden „Ideologien der Auflösung“ gehört?

Auf die Antifa als bewusst eingesetzte bis billigend in Kauf genommene Gewalt gegen jede wirkliche Opposition und insbesondere die AfD ist schon von vielen hingewiesen worden. Zu ergänzen ist hier nur, was das für die Vorstellungswelt der Angehörigen des Establishments bedeutet: Wer die Gewalt der Antifa mehr oder weniger billigt oder zumindest keine Anlässe für echte Distanzierungen und ihre effektive Bekämpfung sieht, der wird natürlich auch der AfD eine entsprechende Haltung gegenüber rechter Gewalt unterstellen, denn sonst würde er sie

ja als besser einschätzen als sich selbst. Die Vorwürfe gegen die AfD sind daher nicht zuletzt Projektionen der eigenen offenen oder verdeckten Bejahung von Gewalt gegen den politischen Gegner durch das Establishment.



Mülheim (NRW): Bulgaren-Kinder vergewaltigen junge Frau

Von JOHANNES DANIELS | Die Gruppenvergewaltigung auch durch „jugendliche EU-Bürger“ gehört zu jetzt Deutschland. Sogar die NRW-Polizei spricht bei der jüngsten „unfassbaren Gruppenvergewaltigung“ (Mainstream-Medien) nun von „[massiver Gewalt](#)“: Eine Frau wurde in Mülheim an der Ruhr am Freitag Abend in ein Gebüsch gezerrt und von mehreren Tätern brutal vergewaltigt. Die Polizei hat eine Gruppe von „fünf Kindern und Jugendlichen“ ermittelt – die Jüngsten von ihnen können nicht vor Gericht gestellt werden. Alle Vergewaltiger sind bereits wieder auf freiem Fuß im migrationsseiligen La-La-Laschet-Land – „sie seien noch am Samstag nach ihrer Vernehmung wieder in die Obhut der Eltern übergeben worden“, erklärte ein Polizeisprecher. Der Begriff „Obhut“ dürfte in diesem Fall aber relativ sein. Gibt es keine Erziehungsheime mehr? Oder wäre dies eine antiziganistische politisch-inkorrekte Erziehungsmaßnahme?

Selbst die systemtreue Umvolkungs-Postille „[Der STERN](#)“ berichtet:

„Entsetzen im Ruhrgebiet: Nach der Vergewaltigung einer jungen Frau ermittelt die Polizei in Mülheim an der Ruhr gegen fünf Kinder und Jugendliche im Alter von nur 12 bis 14 Jahren. Mitglieder der Gruppe sollen die junge Erwachsene am späten Freitagabend von der Straße weg in ein Grüngelände gezerrt und missbraucht haben. ‚Es war Gewalt im Spiel, massive Gewalt‘, sagte ein Polizeisprecher.

Das Opfer sei verletzt ins Krankenhaus gekommen und werde betreut, berichteten die Ermittler. Die zwei 12-jährigen Kinder wurden in Anwesenheit der Eltern von der Polizei angehört und danach noch am Freitagabend ihren Eltern übergeben. Die drei 14-Jährigen mussten die Nacht in der Zelle verbringen und wurden offiziell vernommen. Sie kamen im Laufe des Samstags zurück zu ihren Familien“.

Es handelt sich um ein „schweres Sexualdelikt“ und alle „Tatverdächtigen“ haben wiederum die bulgarische Nationalität. Anwohner in der Mülheimer Altstadt waren am Freitagabend gegen 22.15 Uhr aufmerksam geworden, weil ihr Hund unruhig wurde, berichtete die Polizei. Sie hätten im Grünen hinter ihrem Garten das Opfer und männliche Personen entdeckt und sofort die Polizei verständigt. Die Täter seien dann über einen Radweg geflohen. Die Anwohner kümmerten sich um das Opfer, während bei der Fahndung mit mehreren Streifenwagen, Zivilbeamten und einem Diensthund die südosteuropäische „Personengruppe“ dingfest gemacht werden konnte.

Brutale Bulgaren-„Buben“

Der Verdacht gegen die Kinder und Jugendlichen habe sich dabei „verhärtet“, hieß es in einer Mitteilung. Weitere Details gab es zunächst nicht von der Polizei – aus Gründen des Opferschutzes und selbstverständlich des Täterschutzes.

Schließlich handelt es sich um weitere junge Ehrengäste der EU- und UN-Migrationspakt-hörigen Bundesregierung. „Die jeweilige Rolle bei dem Verbrechen“ sei noch Gegenstand der polizeilichen Ermittlungen. Der Mülheimer Polizeisprecher Peter Elke: „Nachdem wir ermittelt haben, dass zwei aus der Gruppe zwölf Jahre und somit strafunmündig sind, haben wir sie noch an Ort und Stelle an die Eltern übergeben“.

Zu den genauen Abläufen kann laut Polizei noch nichts gesagt werden. Elke: „Was wir jetzt schon wissen ist, dass die junge Frau mit den Männern mitgegangen oder mitgezogen wurde. In einem nahegelegenen Waldstück, das unmittelbar neben den Bahnlinien liegt, ist es offenbar zu dieser schwerwiegenden Straftat gekommen.“ Nach ersten Ermittlungen müsse davon ausgegangen werden, dass alle fünf „[Bulgaren-Buben](#)“ (analog Täterversther Christian Streich) gleichsam tatbeteiligt waren.

Polizeisprecher Elke: „Die junge Frau hat uns erste Fragen beantwortet – für genaue Details ist sie noch nicht vernommen worden. Sie ist schwer traumatisiert und wird betreut. Wir werden möglicherweise in den nächsten Tagen über die genauen Umstände der Tat erfahren.“ Zudem gäbe es relevante Zeugenaussagen.

„Rotations-europäischer Hintergrund“ – importierte Bestien

Der Fall erinnert an ähnliche Verbrechen mit „sexuellen Übergriffen in Gruppen“ seit 2015: Vor gut einem Jahr überfielen acht Jugendliche ein 13-jähriges Mädchen in Velbert bei Wuppertal. Sie wurden später wegen Gruppenvergewaltigung verurteilt und erhielten hohe Einzelstrafen von bis zu vier Jahren und neun Monaten. Auch hier stammten alle Jugendlichen aus Bulgarien und hatten „rotations-europäischen Hintergrund“. In Freiburg läuft derzeit ein Verfahren gegen „elf Männer“ zwischen 18 und 30 Jahren, zehn von ihnen sind „schutzsuchende Flüchtlinge“. Sie [vergewaltigten Mitte Oktober](#) vergangenen Jahres eine 18-Jährige nach einem Discobesuch in einem Gebüsch

vor der Diskothek. Und [PI-NEWS berichtete erst kürzlich](#) über die Gruppen-Vergewaltigung eines 18-jährigen deutschen Mädchens auf Mallorca durch die Türken Serhat K., Azad K., Yakub und Baran D..

Das Relocation-Journal „Der STERN“ [doziert](#):

„Gruppenvergewaltigungen sind laut polizeilicher Kriminalstatistik ein gar nicht so seltenes Phänomen. Allein 2017 ermittelten die Behörden gegen 467 Verdächtige. Mehr als ein Drittel waren Jugendliche oder Heranwachsende unter 21 Jahren, meist männlich. Fachleute sehen bei Gruppenvergewaltigungen eine gefährliche Kombination von Sexualität, Machtdemonstration und Gruppendynamik. Häufig würden solche Taten gefilmt, um mit der Tat zu prahlen, hatte der Kriminalpsychologe Rudolf Egg nach der Tat von Velbert gesagt. Im Mülheimer Fall äußerte sich die Polizei aber noch nicht, ob das Geschehene auch gefilmt wurde“.

Im jüngsten Mülheimer Fall schaltet sich nun das örtliche „Jugendamt“ ein, wohl etwas zu spät: Wie ein Sprecher der Stadt betonte, werde sich bei den Familien der zwölfjährigen Kinder bereits am Montag das Jugendamt einschalten „und den Familien Hilfe anbieten“ (Original-Wortlaut).

Die Strafe: „Eine Woche nicht zur Schule schicken“

Falls die Mitarbeiter den Eindruck gewinnen würden, „dass die Familien mit der Situation nicht fertig werden, sei auch ein aktives Eingreifen“ bis hin zur Entnahme der Kinder aus den Familien möglich. In jedem Fall rate die Stadt den Eltern, die Kinder in der kommenden Woche „nicht zur Schule zu schicken“, danach beginnen in Nordrhein-Westfalen ohnehin die Sommerferien.

Für sexuelle Übergriffe in besonders schweren Fällen und Vergewaltigungen liegt das Strafmaß nach § 177 StGB zwar nicht unter zwei Jahren. Kinder gelten jedoch vor ihrem 14.

Geburtstag in Deutschland nicht als strafmündig und können daher auch nicht vor Gericht gestellt werden und zur Verantwortung gezogen werden.

Selbstverständlich ist die Sanktionssituation ein Hohn für das traumatisierte Opfer und deren Angehörigen. Und konkludent eine Aufforderung zu weiteren konsequenzlosen Straftaten durch den deutschen Kontrollverlust-Staat. Für das Opfer ist es wohl unerheblich, ob es von einer Gruppe von 16-jährigen, 66-jährigen oder Elfjährigen vergewaltigt wird. Straftatbestände wie Vergewaltigungen müssen deshalb zukünftig gesondert behandelt werden – wenn ein Täter „reif“ genug ist, eine Frau zu vergewaltigen, ist er logischerweise auch erwachsen genug, um ihn nach Erwachsenenrecht zu bestrafen.

Es zeigt sich leider immer deutlicher, dass die deutsche Strafgesetzgebung- und praxis für die Veränderungen und „[Verwerfungen](#)“ in diesen Land nicht mehr ausreichend sind. Eine zusätzliche Ausweisung in das EU-Land Bulgarien inklusive Aufenthaltsverbot der Sippe wäre sicher in Sinne der Bevölkerung und des lebenslang gezeichneten Opfers. Der Gesetzgeber und der Sozialstaat sehen dies jedoch komplett konträr, denn „Wir als Deutsche“ brauchen JEDES Talent und jedes einzelne Genital-Goldstück! Außerdem haben wir den Krieg verloren und als „Naziland“ einiges gut zu machen ...

Der Intensivtäter-Import geht weiter

Die frauenverachtenden Verhaltensmuster werden in manchen „Kulturkreisen“ seit Generationen weitergegeben und dankbar adaptiert. Frauen sind in diesen Kreisen eine Ware und werden zum [weiteren Gebrauch buchstäblich weiterverkauft](#). Auch die eigenen Kinder werden in diesem zynischen Geschäftsmodell verkauft. Viele Kinder erleben von klein auf intensive Gewalt und Kriminalität. Die Behörden sehen wie in den [tausendfachen Grooming-Missbrauchsfällen](#) in Nordengland weg, weil ja sonst das humanitär-bunte „Weltbild“ einer offenen Gesellschaft zerstört werden könnte.

Aus Gründen der politischen Korrektheit dürfen auch Ross und Reiter – also die wahren Hintergründe – nicht genannt werden, um nicht als antiziganistisch zu gelten, wie in den widerwärtigen „[Gruppenvergewaltigungs-Fällen in Velbert und Umgebung](#)“. Hat Deutschland den Kampf gegen die Migrationsgewalt schon längst aufgegeben?

Wie hieß es früher an jeder deutschen Baustelle: Eltern haften für ihre Kinder. Im kruden deutschen Sozialstaat werden sie dafür eher reichlich belohnt.



Staatsanwalt räumt bei rechtem Terror auf und ab

Von KEWIL | Vergangene Woche reiste ein linkes Team des linkspopulistischen Magazins Kontraste nach Dresden, um eine Pegida-Demo auszuschnüffeln, was sie vom Mord an Regierungspräsident Walter Lübcke halten. Am Donnerstag wurde das Resultat gesendet (Video oben).

Die meisten der befragten Teilnehmer hatten auf die üblichen dummen Fragen des rot geschalteten Staatsfernsehens nicht geantwortet, ein paar wenige äußerten sich. Ein älterer Herr sagte sinngemäß, im Vergleich zur linksextremen Gefahr sei ein Mord, „alle zwei, drei Jahre, aus irgendwelchen Hass-Gründen, relativ normal“.

Darauf herrschte blankes Entsetzen über dieses Denken beim herrschenden Politzirkus von Laschet (CDU) über Lauterbach (SPD), Grüne und Rote bis hin zur FDP. Und ein SPD-Minister wünschte allen Pegida-Teilnehmern den Verfassungsschutz an den Hals.

Bereits am Freitag teilte dann die Staatsanwaltschaft Dresden mit, sie habe Ermittlungen gegen Unbekannt wegen Billigung von Straftaten eingeleitet. Geprüft würden zudem weitere Straftatbestände wie Volksverhetzung und Verunglimpfung des Ansehens Verstorbener. Donnerwetter! Wir fragen uns nämlich: Warum eigentlich?

Die von der höchst unseriösen Stasi-Mitarbeiterin Anetta Kahane geleitete Amadeu Antonio Stiftung bescheißt regelmäßig die Zahl der „Todesopfer rechtsextremer Gewalt“ dick nach oben, so gut sie kann, und kommt seit 1990 auf 196 Opfer.

Das sind also fast sieben Opfer pro Jahr! Und der Pegida-Mann hat nur von einem Mord alle zwei, drei Jahre gesprochen. Wo sieht denn da der sächsische Staatsanwalt Volksverhetzung? Will er nicht lieber Kahanes kommunistische Stasibude schließen und ihr vor allem die Gemeinnützigkeit entziehen lassen?

Aber halt, neueste News! Seit 2011 fanden Ermittler bei rechtsextremen Razzien Listen mit mehr als 25.000 Namen und Adressen von „Feinden“, also vorbereitete „Todeslisten“, verlautbarte das rote [„Recherche-Netzwerk“](#) von Alpen-Prawda & Co.

Vermutlich sucht Franco A. also bald wieder eine alte Knarre auf der Toilette im Wiener Flughafen. Wir sind in Alarmstufe Rot. Der Kampf gegen Rächts must go on!



Rhetorische V3 oder Viva Italia? Ein persönliches Bekenntnis

Von ACHILL PETRAS | 2006, es läuft die 119. Minute des Halbfinals zwischen Deutschland und Italien. Fabio Grosso zieht ab und versenkt das Leder im deutschen Tor. Schock. Es steht 1:0 für Italien. Darf das sein? Gibt es einen Fußballgott? Gibt es Gerechtigkeit? Nein diese italienische Gurkentruppe, die längst gegen Australien hätte ausscheiden müssen und nur durch einen unberechtigten Elfmeter weiterkam, hatte dieses Tor nicht verdient. Nein sie hatten diesen Sieg nicht verdient und auch kein Recht, nach der Partie gegen Frankreich diesen goldenen Pokal in die Luft zu recken. Dieser Pokal gehörte doch uns, dem deutschen Sommermärchen. Erstmals hatten die Deutschen wieder ein freundlich-positives Gefühl zu ihrer Nation entwickelt und die Grün-Roten kochten. Aber nun machte Gianluigi Buffon uns einen Strich durch die Rechnung.

Italien war nie mein Lieblingsland gewesen. Aber nun änderte sich alles. Ich hasste Italien. Diese schwarze Gelfrisur von Buffon, diese lachenden Gesichter und diese blöde Hymne. „Italia“... ich konnte sie nicht mehr hören. Wenn ich in den kommenden Jahren Italiener traf, hatten sie grundsätzlich mehrere Sympathiepunkte weniger. Dies nennt man wohl Rassismus und das muss ich heute wohl selbstkritisch anmerken.

Es brauchte viele Jahre, bis ich mir diesen Rassismus bewusst

wurde. Aber dann fing ich an, ihn zu überwinden. Zuerst gab erneut der Fußball den Ausschlag. Wenn ich Italien aufgrund seines [Catenaccio](#) verabscheute, dann muss diese Abscheu weniger werden, wenn die Italiener ihren Fußballstil verändern. Und das taten sie unter ihrem Trainer Cesare Prandelli seit 2010.

Danach dachte ich nochmal über das Finale Italien gegen Frankreich nach. Dort hatte Zinédine Zidane Materazzi mit einem Kopfstoß niedergestreckt und folgerichtig den Platz mit Rot verlassen. Eine brutale körperliche Attacke im Finale der Fußballweltmeisterschaft. Zuerst hatte ich mich über den Schachzug von Materazzi echauffiert. Wie kann er Zidane so gemein beleidigen? Nun dachte ich, wie kann denn Zidane sich aufgrund offensichtlich geplanten Provokationen gegen seine Mutter zu so einer Tätlichkeit hinreißen lassen. Wie kann ein Weltfußballer das wichtigste Fußballspiel in vier Jahren mit einer Tätlichkeit nur aufgrund eines blöden Spruches entscheiden. Zidane hat die vermeintliche Ehre seiner Mutter über „sein“ Land Frankreich gestellt. Eine Priorität, die man bei der friedlichsten Religion der Welt häufiger antrifft.

Italienischer Einsatz gegen die Push-Faktoren des Todes

Die Zweifel an meinem Italien-Hass waren nun gesät. In den letzten Jahren ging es dann Schlag auf Schlag. In Italien änderte sich nicht nur der Fußballstil. Nein die italienische Regierung mit breiter Unterstützung des italienischen Volkes setzte sich auch entschieden gegen das Sterben auf dem Mittelmeer ein. Dem tapferen Einsatz der italienischen Marine ist es zu verdanken, dass immer weniger Menschen dort ertrinken.

Zuerst engagierten sich die Italiener in der akuten Nothilfe und retteten jeden Schiffbrüchigen. Dann mit dem Regierungsantritt von Salvini, begann der Kampf gegen die Ursachen des Sterbens auf dem Mittelmeer: Die Schiffe der insbesondere deutschen NGOs, die ihre Arme Wartenden auf der

Hochsee ausstrecken und Schiffbruch mit Asyl belohnen. Salvini ging gegen diese Push-Faktoren des Todes vor. Die Zahlen geben ihm recht. Starben im Jahr 2015 noch 5096 Menschen, so waren es 2018 „nur noch“ 2275. Sicherlich ist jedes Menschenleben eines zu viel, aber wer nicht blind ist, erkennt, wer im Mittelmeer Leben rettet und wer Menschen in den Tod lockt.

Aber während Deutschland seine rhetorische V3 auf Italien schickt, hat bei mir der Gesinnungswandel längst stattgefunden. Fragt mich jetzt jemand nach Italien, sage ich: das ist das Land meiner Träume. Die Strände von Rimini, die Weinberge der Toskana oder die Alpen von Südtirol. Was gibt es schöneres. Und dann gibt es noch den Petersdom und den Vatikanstaat. Mh, ok gerade zieht mich dort als gläubiger Katholik relativ wenig hin. Aber egal – für einen Abstecher zu einer Kundgebung von Salvini lohnt sich Italien allemal.

Kürzlich stand ich beim Lidl und schaute in das Sprudelregal. Da lachte mich eine Wasserflasche mit Italien-Flagge an. Und ich sagte mir: Merkel oder Salvini? Der geneigte Leser kennt nun sicherlich meinen Einkauf bei dem ich mit stolz geschwellter Brust dachte: „Viva Italia“! Italien, von nun an bringt uns nichts mehr auseinander. Besonders nicht die deutsche Politik mit ihrer Rackete.



Illegale Müllentsorgung in Hannover

Während die Deutschen jahrelang auf Mülltrennung getrimmt wurden und das jetzt auch recht gut hinbekommen, trennen sich andere Völker auf ihre Weise vom lästigen Abfall: sie stellen ihn einfach auf die Straße.

Für viele Ausländer ist das normal, [wie wir unlängst von einem „rumänischen“ Neubürger](#) in Hagen in einem WDR-Interview erfahren durften: „Was macht man in Rumänien mit dem Müll?“ – „Gar nix.“

Das anschließende Schönreden der Reporterin Isabel Schayani, *„Manche Neubürger sind so. Sie ruinieren das Image von allen“*, wirkte da etwas hilflos und war natürlich der politischen Korrektheit des WDR und dem entsprechenden Framing geschuldet.

So wie in Hagen begegnet man auch in Hannover der zunehmenden wilden Vermüllung mit Abfalljägern, die versuchen, den Verursacher zu ermitteln. Der NDR berichtete am Samstag in der Nachrichtensendung [„Hallo Niedersachsen“](#) über Frank und Iwan, die das in Hannover berufsmäßig machen. Vor einem „Somalische Treff Punkt“, der Spezialitäten des Landes anbietet, wurden sie fündig. In einem der Müllsäcke fand sich ein amtliches Schreiben mit Namen und Adresse; sie standen direkt vor dem Haus.

Der Delinquent, zur Rede gestellt, beteuert: „Aber das ist, ganz ehrlich, nicht mein... Das ist nicht mein Müll, ganz ehrlich.“

Wir wollen ja keine Vorurteile schüren, ganz ehrlich. Deshalb verzichten wir auch auf weitere Angaben zum Täter und freuen uns, dass der, übrigens Wiederholungstäter, vom NDR verpixelt wurde. Ein wenig erkennt man dann aber doch, wenn man genauer hinschaut ...



Leipzig: Südländer würgt Baby in der Straßenbahn

Leipzig: Eine 29-jährige Frau (blonde, zum Zopf gebundene Haare und weißes Oberteil) stieg gegen 19:40 Uhr oder einen Takt später (19:50 Uhr) mit ihrem Kind (6 Monate; w), im Kinderwagen liegend, in eine neue Niederflerbahn der Linie 4, Richtung Stötteritz, am Hauptbahnhof ein. An der Haltestelle Stötteritzer Straße/Riebeckstraße stieg gegen 19:53 Uhr oder einen Takt später, gegen 20:03 Uhr, ein unbekannter Mann mit folgender Beschreibung ein: – [südländischer Typ](#) – Alter zwischen 40 und 50 Jahre – schwarzer Vollbart, schwarzes Oberteil – ungepflegtes Äußeres. Die 29-Jährige selbst befand sich zu dem Zeitpunkt im hinteren Bereich (Kinderwagenbereich), stehend vor dem Kinderwagen. Der Unbekannte schaute die 29-Jährige kurz an und ging unvermittelt zum Kinderwagen. Im weiteren Verlauf griff der unbekannte Tatverdächtige mit seiner linken Hand in den Kinderwagen, an den Hals des Babys und würgte es. Instinktiv versuchte die Mutter, die Hand wegzuschlagen, was jedoch nicht auf Anhub gelang. Daraufhin zog sie ein Tierabwehrspray aus der Tasche und sprühte dies dem Unbekannten ins Gesicht. Dieser taumelte daraufhin zurück und fiel hin. Die Straßenbahn hielt in diesem Moment an der Haltestelle Stötteritzer Bahnhof, wo die Mutter mit dem Kinderwagen ausstieg und nach Hause lief. Anschließend informierte sie die Polizei. Ein

herbeigerufener Notarzt untersuchte das Baby, das keinerlei Verletzungen davontrug und gesundheitlich stabil war. Die danach erfolgten Sofortmaßnahmen der Polizei führten jedoch auf Grund der späten Informationen zu keinem positiven Ergebnis. Die Kriminalpolizei sucht Fahrgäste/Zeugen, die Hinweise zum Sachverhalt geben können. Diese werden gebeten, sich bei dem Polizeirevier Leipzig-Zentrum, Dimitroffstraße 1 in 04107 Leipzig, Tel. (0341) 966-34224 oder (0341) 966-34100 zu melden.

Nachfolgend eine kleine Auswahl weiterer „Verwerfungen“, in dem [„historisch einzigartigen Experiment](#), eine monoethnische und monokulturelle Demokratie in eine multiethnische zu verwandeln“. Diese hätten bei einer umgekehrten Täter/Opfer-Konstellation Lichterketten-Alarm und Rassismus-Gedöns von Garmisch bis Flensburg ausgelöst. In diesem Zusammenhang möchten wir auch darauf hinweisen dass [Deutsche als „Köterrasse“](#) bezeichnet werden dürfen, ohne dass dies gerichtlich als Volksverhetzung geahndet wird. Ebenso werden Migranten bei der Arbeitsplatzvergabe im öffentlichen Dienst dank eines rassistischen sogenannten [Partizipations- und Integrationsgesetzes](#) gegenüber Deutschen bevorzugt.

Gera: Am Montag (01.07.2019) hat die Geraer Polizei die Ermittlungen zu einem körperlichen Angriff zum Nachteil eines 30-Jährigen aufgenommen. Dieser wurde gegen 21:00 Uhr in der Carl-Zeiss-Straße von bislang unbekannt Personen massiv körperlich angegriffen und schwer verletzt. Nach derzeitigen Erkenntnissen soll es sich bei den Angreifern um eine Gruppe von 5-10 Jugendlichen [ausländischer Herkunft](#) gehandelt haben, welche sich nach dem Angriff in unbekannte Richtung entfernten. Der schwer verletzte 30-Jährige wurde schließlich mit einem Rettungswagen in ein Krankenhaus gebracht. Die Kriminalpolizei sucht nunmehr Zeugen, welche Hinweise zu der Tätergruppe bzw. zum Gesamtvorfall geben können. Diese werden gebeten, sich unter der Tel. 0365 / 8234-1465, zu melden.

Bremen: Der 29-Jährige rief den Notruf der Polizei und teilte

mit, dass er in der Landskronastraße von drei Männern zusammengeschlagen wurde. Als die Einsatzkräfte am Tatort eintrafen, fanden sie den Anrufer zunächst bewusstlos am Straßenrand vor. Rettungssanitäter versorgten den Verletzten und brachten ihn in ein Krankenhaus, wo er mit schweren Verletzungen stationär aufgenommen wurde. Bei den Angreifern soll es sich um drei junge Männer mit [dunklem Teint](#) gehandelt haben. Ein Mann trug eine weiße Hose, seine beiden Komplizen Jeans. Zudem hatte ein Angreifer ein Nike-T-Shirt an. Eine sofort eingeleitete Fahndung verlief negativ.

Lüneburg: Einen Kieferbruch erlitt ein 18-Jähriger aus dem Landkreis Lüneburg bei einer Auseinandersetzung von vier südländischen Personen in den frühen Morgenstunden des 30.06.19 Auf der Hude. [Vier südländisch](#) aussehende junge Männer hatten den 18-Jährigen gegen 04:00 Uhr außerhalb der Discothek geschlagen. Darüber hinaus griffen die Männer auch die Schwester des 18-Jährigen sowie einen 18-jährigen Begleiter an. Parallel sucht die Polizei auch mögliche Zeugen für einen möglichen Streit zuvor innerhalb der Discothek. Nach dem Angriff flüchten die Täter, wobei einer der Männer einen Vollbart hatte und ein Basecap trug. Hinweise nimmt die Polizei Lüneburg, Tel. 04131-8306-2215, bzw. -8306-2386, entgegen.

Rathenow: In der vergangenen Nacht wurde die Polizei im Havelland über einen körperlichen Angriff auf einen 17-Jährigen und dessen 22-jährigen Begleiter informiert. Nach derzeitigen Erkenntnissen befanden sich die späteren deutschen Geschädigten, der 22- und der 17-Jährige, auf dem Gehweg in der Jahnstraße in Rathenow aus Richtung Lutherplatz kommend in Richtung Friedrich- Ebert- Ring. Auf Höhe der Schule kam ihnen eine männliche Person entgegen, die den 17-Jährigen unvermittelt und ohne erkennbaren Hintergrund angriff. Der Tatverdächtige versuchte zunächst nach dem Jugendlichen zu treten, der dem Angriff jedoch ausweichen konnte. Im Anschluss wandte sich der Mann dem 22-Jährigen zu und schlug diesem mit

einem Gegenstand mehrmals auf den Kopf. Zwischen dem Tatverdächtigen und dem 22-Jährigen kam es daraufhin zu einer Rangelei, infolgedessen der Tatverdächtige den Geschädigten durch einen Biss verletzte. Der Unbekannte ergriff danach die Flucht, wurde jedoch von dem geschädigten 22-Jährigen verfolgt, sodass die Polizei den Tatverdächtigen kurz darauf in der Puschkinstraße feststellen und fixieren konnte. Der [21-jährige Tatverdächtige aus Syrien](#) machte einen psychisch auffälligen Eindruck, sodass die Polizeibeamten einen Notarzt hinzuzogen, der eine Zwangseinweisung in eine psychiatrische Fachklinik veranlasste. Der 22-Jährige wurde schwer verletzt in eine Klinik gebracht, wo er medizinisch betreut wird. Die Polizei ermittelt nun wegen des Vorwurfs der gefährlichen Körperverletzung und der versuchten Körperverletzung.

Rheda-Wiedenbrück: Zu zwei ungewöhnlichen Sachverhalten ist es in den vergangenen Tagen im Ortsteil Wiedenbrück gekommen. Am Freitag (28.06., 09.30 Uhr) befuhr ein 49-jähriger Mann mit seinem Fahrrad die Straße Aegidienwall in Höhe der Stadtbibliothek. Kurz vor der Einmündung zur Straße Himmelreich, kam dem Fahrradfahrer ein bislang unbekannter Fußgänger mit einem kleinen Hund an der Leine entgegen. Als der Radfahrer an dem Mann vorbei fuhr, schlug der Unbekannte unvermittelt und wortlos den Fahrradfahrer. Am Dienstagmorgen (02.07., 11.30 Uhr) ging ein 61-jähriger Mann an der Straße Himmelreich in Höhe der Straße Kirchplatz entlang, als er ebenfalls vollkommen unvermittelt von einem ihm entgegenkommenden Fußgänger einen Schlag in das Gesicht bekommen hat. Anschließend trat der Unbekannte auf die am Boden liegende Brille des Mannes. Der Täter ist in Richtung Lange Straße davon gegangen. Aufgrund der Begehungsweise und der Nähe Tatorte zueinander ist nach derzeitigem Erkenntnisstand nicht auszuschließen, dass in beiden Vorfällen um den selben Täter handelte. Die Geschädigten beschrieben den Täter jeweils wie folgt: Ca. 30 bis 35 Jahre alt, 165 bis 175 cm groß, dunkelhaarig und [südländisches Erscheinungsbild](#).

Kassel: In den frühen Morgenstunden am 27. Juni stach ein bislang unbekannter Mann einen 25-Jährigen vor einer Diskothek in der Werner-Hilpert-Straße nieder und verletzte ihn dabei schwer. Anschließend flüchtete der Täter über die Schombergstraße in Richtung Innenstadt. Nun fahnden die mit den Ermittlungen betrauten Kripobeamten des für Kapitaldelikte zuständigen Kommissariats 11 der Kasseler Kripo mit einem Foto aus einer Überwachungskamera nach dem darauf abgebildeten Tatverdächtigen. Bei der Zeugensuche legen die Ermittler besonderen Wert auf drei junge Gäste, einem Mietwagenfahrer und einem anderen am Tatort haltenden Autofahrer. Nach derzeitigem Ermittlungsstand ereignete sich die Tat gegen 3:15 Uhr. Zu dieser Zeit stand das Opfer, ein 25-Jähriger aus Vellmar, in einer Gruppe auf dem Gehweg vor einer Diskothek gegenüber der Schombergstraße. Der bislang unbekannt Mann näherte sich aus Richtung des Hauptbahnhofs, geriet mit dem 25-Jährigen aus Vellmar in einen kurzen verbalen Streit und stach unvermittelt auf ihn ein. Der Täter flüchtete anschließend zu Fuß über die Schombergstraße in die Rudolph-Schwander-Straße. Dort verloren ihn nacheilende Zeugen aus den Augen, als der Flüchtende in die Spohrstraße einbog. Das Opfer war sofort in ein Kasseler Krankenhaus gebracht und dort operiert worden. Bei den anschließenden intensiven Ermittlungen konnte ein Foto vom Tatverdächtigen erlangt werden, das eine Überwachungskamera aufzeichnete. Darauf ist ein 25 bis 30 Jahre alter Mann mit dunklen Haaren abgebildet, der ein hellblaues Polo-Shirt und eine beige, kurze Hose trägt. Zudem hat er eine dunkle Tasche über die Schulter gehängt. Wie Zeugen vom Tatort berichteten, hatte er [ausländisch gesprochen](#). Die Sprache konnte nicht identifiziert werden.

Heide: Bereits am 23. Mai 2019, gegen 11.40 Uhr, kam es zu einem außergewöhnlichen Zwischenfall zwischen einem Auto und einem Radfahrer. Ein Rentnerehepaar wollte mit seinem Mercedes in Heide von der Bahnhofstraße in die Brahmstraße abbiegen. Der ältere Herr wartete noch zwei Fußgänger ab, als ein

Fahrradfahrer angerast kam und sein Kennzeichen touchierte. Der Radfahrer legte sein Fahrrad auf der Straße ab und schlug und trat auf den Wagen ein. Er schleuderte auch einen Stein auf das Auto und beschimpfte wie von Sinnen die Insassen, die sich nicht aus dem Auto trauten. Es entstand ein Sachschaden von mindestens 1000 Euro. Die älteren Herrschaften waren durch das Geschehen deutlich geschockt. Einige Zeugen beobachteten den Vorfall und meldeten sich bei der Polizei. Der etwa 20-jährige junge Mann hatte ein weißes Mountain Bike bei sich. Er war mit Pulli, Hose und Turnschuhen ebenfalls weiß bekleidet und hatte schwarze hochgegelte Haare. Er wird optisch dem [arabischen Raum](#) mit einem leichten asiatischen Touch zugeordnet – so eine Zeugin. Die Zeugin hatte ein junges Paar beobachtet, dass an dem Fußgängerüberweg stand und die Tat mit dem Smartphone gefilmt hat.

Rheine: Die Polizei hat einen 27-jährigen Mann aus dem [Sudan](#), der derzeit ohne festen Wohnsitz ist, festgenommen. Hintergrund ist eine gefährliche Körperverletzung vom Sonntag (30.06.2019) an der Kolpingstraße. Dort war es gegen 04.25 Uhr zu einem verbalen Streit zwischen zwei Männern gekommen. Dabei wurde ein 26-jähriger Mann schwer verletzt. Der 26-Jährige hatte insgesamt vier Stichverletzungen erlitten, die ihm offenbar durch ein Messer beigebracht worden waren. Ein Rettungswagen brachte ihn zur stationären Behandlung in ein Krankenhaus. Der 27-jährige Beschuldigte hat sich am Donnerstag mit einer Anwältin selbst bei der Polizei in Rheine gestellt. Zum Sachverhalt macht er keinerlei Angaben. Der Mann wurde am Freitag (04.07.2019) auf Antrag der Staatsanwaltschaft Münster wegen des dringenden Tatverdachts der gefährlichen Körperverletzung einem Haftrichter vorgeführt. Dieser erließ einen Untersuchungshaftbefehl gegen den 27-Jährigen. Angaben zum Tatmotiv können derzeit nicht gemacht werden.

Offenburg: Nach einem Messerangriff am Dienstagabend vor den Toren der Asylunterkunft „Am Sägeteich“ wurde ein 29 Jahre

alter Mann noch gestern Abend vorläufig festgenommen. Der aus [Westafrika](#) stammende Verdächtige soll kurz vor 22 Uhr einen 40-Jährigen mit einem sehr großen Messer attackiert haben. Der Angegriffene konnte die Offensive mit seinem Fahrrad erfolgreich abwehren und blieb unverletzt. Einem Begleiter des 40-Jährigen gelang es nach bisherigen Erkenntnissen den Mann abzulenken. So konnte sich der 40-Jährige entfernen und in Sicherheit bringen. Mitarbeiter des vor Ort eingesetzten Sicherheitsdienstes konnten den 29-Jährigen schließlich entwaffnen und alarmierten die Polizei. Die Ermittlungen zu den Hintergründen des Vorfalls dauern an. Der Verdächtige wurde am Mittwochnachmittag der zuständigen Richterin vorgeführt. Es besteht der dringende Verdacht, dass der Verdächtige aufgrund einer psychischen Erkrankung bei der Tat zumindest vermindert schuldfähig war. Daher ordnete die Richterin auf Antrag der Staatsanwaltschaft wegen versuchten Totschlags die vorläufige Unterbringung in einem psychiatrischen Krankenhaus an.

Wer seine Grenzen nicht schützt, muss seine Freibäder schützen

In NRW setzen viele Freibäder mittlerweile Sicherheitsdienste ein. Das hat eine landesweite Umfrage durch den WDR ergeben. Geantwortet haben 216 Bäder. Mehr als ein Drittel von ihnen gab an, Sicherheitskräfte zu beschäftigen. Anlass für die landesweite Recherche war die zweifache Räumung des Düsseldorfer Rheinbads am vergangenen Wochenende (29./30.06.2019), nachdem dort Hunderte Jugendliche aggressiv aufgetreten waren. Auf die Frage nach kritischen Zwischenfällen nannten manche Bäder Handgreiflichkeiten und aggressive Stimmung, andere beklagten Vandalismus oder Diebstähle. Der schwerwiegendste Fall kam aus Gelsenkirchen. In einem dortigen Freibad hatte ein junger Mann kürzlich einen Kontrahenten mit einem Messer verletzt ([Streit zwischen türkischen Familien](#)). Da es zum Vergleich keine Umfrage aus früheren Jahren gibt, kann man nicht sagen, wie stark die Anzahl der Bäder mit Sicherheitsdiensten gestiegen ist.

Allerdings haben einige der Befragten angegeben, dass sie die Sicherheitsdienste erst seit diesem Jahr einsetzen. Zum Beispiel Freibäder in Ahlen, Neuss und Bottrop. Wenn rund ein Drittel der Freibäder Sicherheitsdienste einsetzen, heißt das auch: Etwa zwei Drittel der befragten Anlagen tun das nicht. Aus der WDR-Umfrage geht hervor, dass es vor allem in vielen ländlichen Gebieten offenbar weniger Probleme gibt. In Südwestfalen und im Münsterland zum Beispiel kommen viele Freibäder ohne Sicherheitsdienste aus (Artikel übernommen von 1.wdr.de).

Polizei muss sich mit gezogener Dienstwaffe vor Araber-Mob schützen

Wien: Beamte wurden in eine Parkanlage gerufen, weil dort angeblich Suchtgift konsumiert wurde. Aus diesem Grund führten die Polizisten eine Bestreifung des Parks durch, um sich selbst ein Lagebild zu verschaffen. Bei einem dort befindlichen Fußballkäfig hielten sich etwa 30 Personen auf. Als die Beamten in den Bereich des Käfigs kamen, stellte sich ihnen ein junger Mann in den Weg, der sich – offenbar auch ermutigt durch die anderen Anwesenden – sehr „offensiv“ verhielt und die Polizisten fragte, was sie hier zu tun hätten. Auch teilte er mit, dass er selbst schon oft Probleme mit der Polizei gehabt hätte. Aufgrund seines außergewöhnlichen Verhaltens wurde der Mann kontrolliert. Beim Datenabgleich stellte sich heraus, dass der 21-jährige syrische Staatsbürger unbezahlte Strafakte offen hatte. Damit konfrontiert gab der Mann an, die Strafen nicht zu zahlen, weshalb ihm zur Vorführung zum Strafantritt (Ersatzfreiheitsstrafe) die Festnahme ausgesprochen wurde. Ab diesem Zeitpunkt wurden die Tonart und das Verhalten des Tatverdächtigen zunehmend aggressiver. Auch versuchte der 21-Jährige laufend, die anderen Anwesenden dazu zu bewegen, sich gegen das polizeiliche Einschreiten aufzulehnen und die rechtmäßige Amtshandlung zu stören. Weil dies in [offenbar arabischer Sprache](#) geschah, war es den Beamten nicht möglich,

den genauen Inhalt der Kommunikation der Anwesenden zu verstehen. Weil die Stimmung zu kippen drohte, bereits Zusammenrottungen stattfanden und mehrere Personen den Polizisten immer wieder aufdringlich nahe kamen, wurde Verstärkung angefordert. Der Tatverdächtige riss sich den Gürtel vom Körper und warf diesen weg. Dabei fiel aus der Schnalle ein in den Gürtel integriertes Messer zu Boden, das von einem der Anwesenden in eine Ecke getreten wurde, offenbar um es verschwinden zu lassen. Zu diesem Zeitpunkt waren die Polizisten bereits vollständig umzingelt und konnten die aggressive Gruppe nur durch das Ziehen der Dienstwaffen und die Androhung eines Waffengebrauchs auf Distanz halten. Als Verstärkung eintraf, flüchteten zahlreiche Anwesende. Der 21-Jährige verhielt sich weiterhin hochgradig aggressiv, beschimpfte die Beamten mit derben Ausdrücken und sagte schließlich zu einem Polizisten, dass er ihn finde, zu ihm nach Hause kommen und ihn abstechen werde. Auch widersetzte er sich sämtlichen Anweisungen und wurde schließlich auch wegen Widerstands gegen die Staatsgewalt festgenommen. Die verbotene Waffe (getarntes Messer im Gürtel) wurde sichergestellt und ein vorläufiges Waffenverbot ausgesprochen. Nach seiner Festnahme verhielt sich der Tatverdächtige weiterhin äußerst aggressiv, schrie herum, beschimpfte anwesende Beamte und schlug mehrmals mit seinem Kopf gegen die Innenwand des Arrestantenwagens sowie später gegen die Zellenwand im Arrestbereich. Bezüglich der Strafrechtsdelikte verfügte die Staatsanwaltschaft die Anzeige auf freiem Fuß, wobei der 21-Jährige aufgrund der offenen Verwaltungsstrafen vorerst in Haft verbleibt.

Türkischer Schwangeren-Verbrenner möchte in Deutschland bleiben

Berlin: Ein türkischer Staatsangehöriger, der im Januar 2015 seine schwangere Ex-Freundin bei lebendigem Leib verbrannte, soll ausgewiesen werden. Das Berliner Verwaltungsgericht bestätigte einen entsprechenden Bescheid der Berliner

Ausländerbehörde, wie das Gericht am Donnerstag mitteilte. Weil der Täter auch zukünftig die öffentliche Sicherheit und Ordnung gefährde, sei die Ausweisung korrekt. Der Mann wurde den Angaben des Gerichts zufolge 1995 in Berlin geboren und wuchs in Deutschland auf. Er besitzt jedoch keine deutsche Staatsbürgerschaft. Seine Ex-Freundin war im achten Monat schwanger, als er und ein Mittäter sie töteten. Nach der Tat wurde er wegen Mordes zu 14 Jahren Jugendstrafe verurteilt und sollte mit Bescheid vom 8. Juni 2018 in die Türkei abgeschoben werden, wie es hieß. Der Straftäter klagte dagegen. Zur Begründung führte er an, er habe ein besonders schwerwiegendes Bleibeinteresse, da er in die deutschen Lebensverhältnisse integriert sei. Es gebe weder eine Wiederholungsgefahr noch eine „besondere Gefährlichkeit“ (weiter bei [Welt-online](#)).

Islamkritiker grundlos von Tschetschenen verprügelt

Linz: Der oberösterreichische Islamkritiker und Nationalratsabgeordnete Efgani Dönmez wurde am Sonntagabend auf der Linzer Landstraße von einem Tschetschenen verprügelt und mit Verletzungen ins Krankenhaus gebracht. Der grauenvolle Vorfall soll sich vor den Augen von Dönmez' elfjähriger Tochter ereignet haben. Der 23-jährige Angreifer hatte sich zuvor hinter einem Auto versteckt, als er den ehemaligen ÖVP-Politiker sowie seine Tochter auf der Fußgängerzone überraschend attackierte. Dönmez und seine Tochter wurden von dem Tschetschenen zuerst verbal wüst beschimpft. Später schnappte sich der Mann einen Regenschirm, der vor einem Wettbüro abgelegt worden war und ging auf Dönmez und das Mädchen los. Der Nationalratsabgeordnete konnte sich schützend vor seine hilflose Tochter stellen und bekam so sämtliche Schläge des brutalen Tschetschenen ab (weiter bei [wochenblick.at](#)).

„Flüchtlinge“ prügeln 25-Jährigen ins Krankenhaus

Schwanenstadt: Am 30. Juni 2019 gegen 3 Uhr verständigte das Rote Kreuz die PI Schwanenstadt über eine Schlägerei mit

mehreren Beteiligten in der Nähe der Postfiliale in Schwanenstadt. Bei Eintreffen der Polizei waren drei Verdächtige bereits zu Fuß geflüchtet. Nach kurzer Fahndung konnten die drei Beschuldigten, ein 22-jähriger [syrischer Asylwerber, ein 19-jähriger syrischer Asylwerber und ein 17-jähriger kosovarischer Staatsangehöriger](#), angehalten und festgenommen werden. Sofort im Anschluss durchgeführte Vernehmungen bzw. Befragungen ergaben den Verdacht, dass der 22-Jährige einen 25-Jährigen absichtlich schwer verletzte. Nachdem eine 19-Jährige bemerkt hatte, dass eine Gruppe junger Männer Verkehrsschilder auf die Straße warf, forderte sie diese auf sofort damit aufzuhören. Diese Situation dürfte der Auslöser für einen Raufhandel zwischen den beiden Gruppierungen – nach bisherigem Ermittlungsstand insgesamt 14 Personen – gewesen sein, wobei der 22-Jährige laut Zeugenaussagen seinen Gürtel bzw. dessen Gürtelschnalle dem 25-Jährigen völlig unvermittelt und gezielt mit voller Wucht ins Gesicht geschleudert und ihn damit schwer verletzt hatte. Der 25-Jährige wurde in das Salzkammergutklinikum Vöcklabruck gebracht. Die weiteren Beteiligten kamen mit leichten Verletzungen davon. Nach Rücksprache mit der Staatsanwaltschaft Wels wurde der 22-jährige einschlägig Vorbestrafte in die Justizanstalt Wels eingeliefert. Die restlichen Beteiligten wurden wegen Körperverletzung sowie Raufhandel auf freiem Fuß angezeigt.

„Friedensrichter“ anstatt deutscher Gesetze

Essen: Etwa 30 Mitglieder einer [libanesisch-stämmigen Großfamilie](#) wollten sich am Donnerstag in einer Essener Shisha-Bar treffen. Ein Großteil von ihnen kam aus der Hauptstadt. Nach BILD-Informationen war auch ein sogenannter „Friedensrichter“ dabei. Hintergrund des Treffens soll der Fall um eine unerwünschte Beziehung sein. Ein 18-Jähriger hatte Kontakt zu einer Frau aus einer verfeindeten Großfamilie und wurde nach ersten Erkenntnissen deshalb von jungen Männern aus dieser Familie mit

<https://www.waz.de/staedte/essen/zeugen-junge-frau-soll-gewalt-exzess-in-essen-gefilmt-haben-id226374501.html> Fausthieben und Tritten schwer verletzt. Womöglich sollte es nun ein Clan-Urteil geben. Die Polizei bekam aber Wind, kontrollierte mehrere Autos. Dabei wurden u.a. Baseballschläger und ein Messer sichergestellt.

Syrer „bereichern“ sich gegenseitig

Hagen: Am Mittwochabend gegen 21 Uhr ereignete sich vor dem Sparkassen-Karree eine körperliche Auseinandersetzung zwischen einer Gruppe junger Erwachsener mit überwiegend syrischem Migrationshintergrund. Zwei Personen waren fußläufig unterwegs, als ein silberfarbener VW und ein blauer BMW neben ihnen anhielten. Eine Gruppe von acht bis zehn jungen Männern stieg aus den Fahrzeugen aus und es kam zu verbalen sowie handgreiflichen Streitigkeiten. Die Männer schlugen mit Fäusten aufeinander ein, zudem nutzten sie im Handgemenge weitere Gegenstände wie eine Metallstange und Holzstöcke. Ein leicht verletzter 21-Jähriger musste per Rettungswagen in ein Krankenhaus gebracht werden. Die Polizei hat am Tatort neben ihm drei weitere Männer im Alter von 22 bis 26 Jahren angetroffen und ermittelt nun, in welcher Weise sie in das Geschehen involviert waren. Zeugen werden gebeten sich unter 02331 – 986-2066 zu melden.

Randale im Asylantenheim

Nordhausen: Mehrere minderjährige Flüchtlinge randalierten am Mittwochnachmittag, gegen 14.30 Uhr, im Aufenthaltsraum ihrer Unterkunft am Taschenberg. Die sechs Jugendlichen somalischer und afghanischer Herkunft beschädigten die Einrichtung und hinterließen einen Sachschaden von ca. 3000 Euro. Noch vor Eintreffen der Polizei, die mit mehreren Streifenwagen im Einsatz war, flüchteten die Jugendlichen, konnten jedoch durch die Beamten im Stadtgebiet wieder aufgegriffen werden. Die Polizisten erstatteten Anzeige. Noch am Abend erfolgte in Zusammenarbeit mit den Verantwortlichen im Landratsamt eine

Verlegung der Rädelsführer in andere Einrichtungen in Thüringen.

Afghane schlägt 72-Jährigen

Rathenow: Die Polizei im Havelland wurde gestern am frühen Abend über eine körperliche Auseinandersetzung in Rathenow in der Fontanestraße informiert. Bei der Anfahrt zum Tatort konnte der Tatverdächtige bereits in der Tschaikowskistraße festgestellt und von den ebenfalls hinzueilenden Zeugen identifiziert werden. Nach Befragung der Beteiligten vor Ort konnte eruiert werden, dass sich ein [17-Jähriger aus Afghanistan](#) auf dem Grundstück eines 72-Jährigen aufhielt. Als der Besitzer des Grundstücks dies bemerkte und den jungen Mann aufforderte das Grundstück unverzüglich zu verlassen, trat und schlug dieser auf den Mann ein. Der 72-Jährige erlitt leichte Verletzungen. Ein 31-jähriger Nachbar, der das Geschehen beobachten konnte, eilte zur Hilfe und wurde ebenfalls von dem 17-Jährigen angegriffen. Der Tatverdächtige schlug nach dem 31-Jährigen, der ebenfalls leicht verletzt wurde. Im Anschluss floh der Täter, konnte aber von Zeugen verfolgt und kurz darauf im Beisein der Polizisten als Angreifer identifiziert werden. Beim Verlassen des Grundstücks beschädigte der junge Mann außerdem mutwillig einen abgestellten Pkw. Während der Anzeigenaufnahme stellte sich heraus, dass der 17-Jährige stark alkoholisiert war. Eine medizinische Betreuung vor Ort lehnten die Geschädigten ab und begeben sich selbstständig zu einem Arzt

„Flüchtling“ ist erfolgreicher Drogenunternehmer

Braunau: Suchtgiftermittler der Kriminaldienstgruppe der PI Braunau/I konnten einen 19-jährigen [iranischen Asylwerber](#) ausforschen, welcher in den vergangenen sechs Monaten einen Großteil der Abnehmer im Stadtgebiet Braunau im Straßenhandel mit insgesamt 1,3 Kilogramm Cannabis versorgte. Bereits im Juni ergaben sich Hinweise auf den 19-Jährigen, welcher insbesondere jüngere Abnehmer mit Marihuana versorgt haben

soll. Im Rahmen der Ermittlungen konnte die Identität des Dealers festgestellt und dessen Verkaufsstruktur aufgedeckt werden. Der Beschuldigte bezog das Suchtgift von Hintermännern im Bereich des Salzburger Bahnhofes und brachte es nach Braunau/I. Im Stadtgebiet wurde dieses hauptsächlich im Umfeld von Nachtlokalen, von Schulen sowie in der Innenstadt gewinnbringend verkauft. Zumindest 17 Personen wurden als Abnehmer festgestellt. Der 19-Jährige wird der Staatsanwaltschaft Ried/I zur Anzeige gebracht. Er zeigte sich umfassend geständig und gab als Motiv Geldprobleme an.

„Flüchtling“ greift Sozialarbeiter an

Nufringen: Zu einer tätlichen Auseinandersetzung kam es am Donnerstag gegen 10:30 Uhr in der Rohrauer Straße in Nufringen. Ein aus [Eritrea stammender 26 Jahre alter Asylbewerber](#) stürmte aus nichtigem Anlass das Betreuer-Büro in einer Asylunterkunft. Dort befanden sich drei Sozialarbeiter, denen er sich gegenüber verbal sehr aggressiv verhalten hatte. Im weiteren Verlauf soll er einen Sozialarbeiter tätlich angegriffen haben. Der 19 Jahre alter Mitarbeiter setzte sich mit einem Pfefferspray zur Wehr. Er verfehlte jedoch den Angreifer, woraufhin es dem 26-Jährigen möglich war den jungen Mann mehrfach ins Gesicht zu schlagen. Aufgrund der anhaltenden Aggressivität des Unruhestifters flüchteten die drei Sozialarbeiter in das nahegelegene Rathaus. Auch hier wurden sie noch von dem Angreifer verfolgt. Kurze Zeit später trafen alarmierte Polizeibeamte den 19-Jährigen in der Asylunterkunft an. Seine Personendaten wurden erhoben und ihm für das Rathaus ein Hausverbot erteilt. Darüber hinaus muss er mit einer Anzeige wegen Körperverletzung rechnen. Ein hinzugezogener Rettungsdienst kümmerte sich vor Ort um den leichtverletzten 19-Jährigen.

„Flüchtling“ wird nicht schnell genug bedient

Neu-Ulm: Bei einem Besuch des Landratsamt Neu-Ulm am gestrigen Dienstag erhielt ein 18-jähriger die Auskunft, dass sein

Anliegen nicht sofort bearbeitet werden kann und er diesbezüglich am kommenden Donnerstag nochmals vorstellig werden soll. Der junge [Asylbewerber aus Gambia](#) geriet derart in Rage, dass er auf dem Vorplatz des Landratsamt mehrere Getränkeboxen umherwarf. Da derzeit noch unklar ist, ob ein Schaden entstanden ist, wird momentan nur wegen einer Ordnungswidrigkeit ermittelt, sollte ein Schaden entstanden sein, wird ein Strafverfahren wegen Sachbeschädigung eingeleitet.



Der Gottesstaat des Heinrich Bedford-Strohm

Von WOLFGANG HÜBNER | Die evangelische Amtskirche in Deutschland (EKD) ist der entschiedenste und finanzstärkste Förderer des Zustroms von Sozialasylanten nach Deutschland. Dafür mögen Glaubensmotive eine Rolle spielen, die allerdings niemand überprüfen kann. Überprüfbar ist jedoch die Tatsache, dass der Sozialkonzern der EKD, die Diakonie, erhebliche kommerzielle Interessen an der immer neuen Zufuhr von Sozialasylanten hat.

Es ist deshalb nicht verwunderlich, warum sich die EKD so besonders eifrig für Menschen einsetzt, die von Schleppern mit seeuntüchtigen Schlauchbooten aufs Mittelmeer gelockt werden, um dann von selbstermächtigten „Rettern“ aus westlichen

Staaten aufgenommen und in ein EU-Land gebracht zu werden. Für die kriminellen Schlepper ist das Elend dieser Menschen ein Multimillionengeschäft, für die „Retter“ hingegen ist es moralisch, politisch und auch persönlich hochrentabel, wie am Beispiel der Deutschen Carola Rackete vom Schiff „Sea-Watch 3“ zu erkennen ist.

Der Chef der EKD, der Theologe und Bischof Heinrich Bedford-Strohm, kennt dieses Schiff von einem Solidaritätsbesuch kurz vor Pfingsten 2019. Er setzt sich nicht nur seit vielen Jahren für Flüchtlinge und Sozialasylanten in Deutschland ein, sondern auch für die EKD-Unterstützung der „zivilen Seenotrettung“. Das hat er in einem Interview mit der [„ZEIT“ vom 4. Juli 2019](#) (Artikel mit Bezahlschranke) noch einmal bekräftigt. Bedford-Strohm wies bei diesem Interview auch auf eine vom letzten Evangelischen Kirchentag verabschiedete Resolution hin, die EKD solle ein Schiff für die „zivile Seenotrettung“ im Mittelmeer „ermöglichen“.

[Der EKD-Chef dazu:](#) „Die Bereitschaft ist sehr groß, auf die Resolution positiv zu reagieren.“ Falls das geschieht, würde sich die evangelische Amtskirche gegen alle Bestrebungen der EU stellen, das Geschäft der Schlepper mit dem modernen Menschenhandel einzudämmen und die weitere Belastung der staatlichen Sozialsysteme in der EU, vor allem in Deutschland, nicht zu Lasten der arbeitenden und steuerzahlenden Bevölkerungsteile auszuweiten.

Die beiden durchaus kritischen Fragesteller der „ZEIT“ wollen folglich wissen: „Warum kann legitim sein, was nicht legal ist?“ Bedford Strohm antwortet: „Erstens ist das Schiff legal, zweitens legitim. Wo der Staat sich seiner Aufgabe verweigert, Menschenleben zu retten, da greift das Gebot der Nächstenliebe“. Der EKD-Vorsitzende sollte als Theologe und SPD-Mitglied wissen, dass seine Aussage eine bewusste Kampfansage an den Staat ist, der es mit der Eintreibung der Kirchensteuer und der vielfältigen Förderung der kirchlichen Sozialkonzerne der EKD übrigens erst ermöglicht, Schiffe zur

Sicherung von Sozialasylanten ins Mittelmeer zu schicken.

Doch die Aussage von Bedford-Strohm hat bei näherer Betrachtung noch eine ganz andere, regelrecht systemsprengende Dimension: Wer dem Staat aus religiösen Motiven das demokratisch legitimierte Monopol zum politischen Handeln abspricht oder dieses auch nur relativiert, zielt auf ein vorrangig religiös begründetes Handeln des Staates ab – in der Konsequenz also auf einen Gottesstaat nach iranischem bzw. islamischem Vorbild.

Es ist dabei völlig gleichgültig, ob das der EKD-Chef tatsächlich beabsichtigt oder nicht: Wer Schiffe zur Rettung von Sozialasylanten ins Mittelmeer zwecks Einschleusung in die staatlichen Sozialsysteme schickt, fordert den deutschen Staat bzw. die Staaten der EU offen heraus und beweist sich als Feind des vom Volk demokratisch legitimierten Staates. Da haben Haldenwang und Co. vom Verfassungsschutz doch endlich mal eine sinnvolle Aufgabe!



Hübner auf
der Buch-
messe 2017
in
Frankfurt.

[PI-NEWS-Autor Wolfgang Hübner](#) schreibt seit vielen Jahren für diesen Blog, vornehmlich zu den Themen Linksfaschismus, Islamisierung Deutschlands und Meinungsfreiheit. Der langjährige Stadtverordnete und Fraktionsvorsitzende der

„Bürger für Frankfurt“ (BFF) legte zum Ende des Oktobers 2016 sein Mandat im Frankfurter Römer nieder. Der leidenschaftliche Radfahrer ist über [seine Facebook-Seite](#) erreichbar.



„Der Vertrauensmann“ – Film der Gewerkschaft Zentrum Automobil

In dem Film „Der Vertrauensmann“ geht es um aktuelle Machenschaften der IG Metall und was mit denjenigen passiert, die diesen Weg nicht mitgehen wollen. Die alternative Gewerkschaft „Zentrum Automobil“ dokumentiert mit diesem packenden Film im Reportagestil, wie die Realität im Jahr 2019 in den Betrieben aussieht.

Es wird offenbar, wie IG Metall-Funktionäre zusammen mit den Personalabteilungen der Konzerne in einer Art Einheitsfront gegen missliebige Arbeitnehmer vorgehen. Es geht um die wirtschaftliche Existenz tausender Arbeitnehmer. Es geht letztendlich um die Freiheit der Menschen selbst, die durch scheinbare Arbeitnehmervertretungen wie der des DGB, mit Füßen getreten wird.

Verstrickungen zwischen dem Großkonzern Daimler und der etablierten linken Gewerkschaft IG Metall werden durch den Film offen gelegt. Denunziation, Willkür und die

wirtschaftliche bis hin zur persönlichen Existenzvernichtung kann jeden treffen.

Das Rechercheteam von Zentrum Automobil hat sich mit entlassenen Arbeitern getroffen und konnte die politische Agenda und die schmutzigen Methoden offenlegen, wie sie beispielsweise von „Vertrauensleuten“, den Fußtruppen der IG Metall, praktiziert werden.

Kommentare unter dem auf Youtube eingestellten Film lassen ahnen, dass das Dokumentierte wahrscheinlich nur die Spitze des Eisbergs ist:

***Manfred Becker:** „Ich war jahrzehntelang als ehrenamtlicher Arbeitsrichter tätig und kann nur sagen, daß diese schweinishche Vorgehensweise des Daimler Konzerns in Kooperation mit den IGM-Sozialschmarotzern für mich nichts Neues ist. Vermutlich ist z.B. im linksversifften VW-Konzern alles noch deutlich schlimmer. ich hatte damals mit vielen Fälle z.B. von Audi Ingolstadt zu tun und das hat mir gereicht.“*

***8dzenja6:** @Manfred Becker „Ich kann dir aus eigener Erfahrung versichern dass es im VW Konzern noch schlimmer ist. Dort kommt Dienstags vor der Europawahl doch tatsächlich ein Betriebsrat in das Teammeeting um uns nochmal zu erklären was die richtige politische Einstellung ist und welche Parteien wählbar sind und welche nicht. Ich hab noch nen kurzen Kommentar abgeben woher er denn wissen will was meiner Meinung nach die richtige politische Einstellung ist und für mich wählbar ist und was nicht. Als er dann wieder weg war war bei uns eine Mischung aus Lachkrampf und Fassungslosigkeit über diese Bevormundung. Meine Kollegen denken zum Glück alle nicht anders als ich.“*

***DDR 2.0:** „Im Daimler Werk Sindelfingen wurden „Flüchtlinge“ als Praktikanten eingestellt. Diese haben genau wie alle anderen am Band gearbeitet. Lohnkosten wurden vom Jobcenter*

gefördert. Noch billigere Arbeitskräfte als Zeitarbeiter... Gleichstellung auf dem Arbeitsmarkt? Vergiss es! Ich kündige noch heute bei der IG Metall.“

Was kann jeder lohnabhängig Beschäftigte tun? Raus aus den Systemgewerkschaften – rein in die freie und patriotische Gewerkschaft Zentrum. Jeder Arbeitnehmer [kann Mitglied werden!](#)



Selbsternannte „Seenotretter“ werden selber zu Verbrechern

Von KEWIL | Kaum waren das NGO-Schlepperschiff „Sea Watch 3“ und Schifferin Rackete ein wenig vom Radar verschwunden, landete ein italienischer Rettungskahn auf Lampedusa, und der nächste Schlepper, die deutsche „Alan Kurdi“, nahm sofort frech mit neuen Flüchtlingen aus Libyen beladen ebenfalls [absichtlich Kurs auf Lampedusa](#) (inzwischen Malta).

Dabei wird jeweils fünf Meter vor der libyschen Küste von den dortigen Menschenhändlern in voller Absicht möglichst auch ein Schwung kleiner Kinder und Kranker übernommen, um Italien extra scharf unter Druck zu setzen und bei Dummen auf die Tränendrüse zu drücken.

Dazu sagt Österreichs früherer Kanzler [Sebastian Kurz heute in der WamS](#): „Sie wecken damit nur falsche Hoffnungen und locken

damit womöglich unabsichtlich noch mehr Menschen in Gefahr. Solange die Rettung im Mittelmeer mit dem Ticket nach Mitteleuropa verbunden ist, machen sich immer mehr Menschen auf den Weg.“ Nur wenn Europa sicherstelle, dass jeder, der sich illegal auf den Weg macht, zurückgebracht wird in sein Herkunftsland oder in ein Transitland, werde das Ertrinken im Mittelmeer enden.

Kurz hat recht. Je mehr „Flüchtlinge“ wir retten, desto mehr kommen, und desto mehr ersaufen und sterben jämmerlich. Wer noch ein Fünkchen gesunden Menschenverstand hat, weiß das.

Aber „unabsichtlich“, wie Kurz meint, ist das Spektakel nicht. Sondern diese selbsternannten „Seenotretter“ in den linken NGOs instrumentalisieren absichtlich das kriminelle Schleusen, das Ertrinken der Flüchtlinge und das Sterben der Kranken, um ihre Agenda durchzupeitschen. Und sie werden damit selber Verbrecher, die mit ihrem brutalen, illegalen Vorgehen immer weitere Opfer auf dem Gewissen haben.

Aber seit wann haben Linke ein Gewissen? Sie sind schon immer über Leichen gegangen, um ihre Ziele durchzusetzen!



Nicolaus Fest: Postenschacher

als demokratische Substanz!

Was für eine Woche! Ein Traum! Gründlicher und schneller ist die AfD noch nie bestätigt worden. Was hatten wir nicht alles vor der EU-Wahl gehört: Es sei ein „Richtungsentscheid für ein demokratisches Europa“, es gehe um die „demokratische Substanz“ und die Wahl des Spitzenkandidaten garantiere den Wählerwillen. Und nun: Tschüss Spitzenkandidatenmodell, tschüss Manfred Weber. Ursula von der Leyen soll Chefin der EU werden – also jemand, der im EU-Wahlkampf gar nicht angetreten ist. So viel zum Wählerwillen, so viel zur „demokratischen Substanz“ der EU! *(Fortsetzung im Video von Dr. Nicolaus Fest)*